

Schneider-Zeitung

Organ des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe

Die „Schneider-Zeitung“ erscheint alle 14 Tage Samstag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder kostet die „Schneider-Zeitung“ durch die Post bezogen 1 Mark pro Quartal ohne Bestellgeld.

Deutschlands

Herausgegeben vom
Zentralvorstand.

Redaktion und Expedition: Köln a. Rhein, Venloerwall 9.
Fernsprechanschluß Ruf-Nr. 8538. — Redaktionschluß
Montags Mittag vor dem Erscheinungstag. — Inseratennahme nur durch Otto Meine, Berlin SW. 47, Mödenerstr. 67

12. Jahrgang.

Köln, den 29. Mai 1915.

Nummer 11.

Arbeiterschaft und Volksernährung.

Bedeutung, man kann ruhig sagen, Lebensfragen des deutschen Volkes bildeten die Verhandlungsgegenstände einer Monarchisch-christlich-nationalen Arbeiterorganisationen, die am Donnerstag, den 13. Mai 1915 (Christi Himmelfahrt) in Essen-Muhr stattgefunden hat. Auf Einladung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, der westdeutschen Verbände katholischer und evangelischer Arbeitervereine und des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine hatten sich im Kruppwerke des städtischen Saalbauers 160 Vertreter zusammengefunden, die ca. 300.000 Mitglieder vertreten. Zur Beratung standen folgende Gegenstände: „Arbeiter und Krieg“ (Vandlagsabgeordneter Volkshaus-Vielefeld), „Konsumisteninteresse und Volkswirtschaft“ (Generalsekretär Stegerwald-Köln), „Die jetzige Lebensmittelversorgung im Kriege und ihre Regelung nach der neuen Ernte“ (Verbandsdirektor Schlad-Mülheim-Rh. und Dr. Wohlmannsfelder-M.-Waldbach). Wie schon aus der Tagesordnung, deren Erledigung in einer patriotischen Ansprache von Pfarrer Dr. Weber-Vonn ein würdigen Abschluß fand, hervorgeht, war der Ausgangspunkt für diese Beratungen nicht ein kleinliches, selbststüchtiges Konsumisteninteresse, sondern erbliche Sorge und Venüßigung um die Erhaltung der wirtschaftlichen und moralischen Kraft unseres Volkes. Die Referenten lösten die ihnen gestellte Aufgabe ruhig, sachlich und in voller Beherrschung ihres Stoffgebietes. Wir sind nicht zusammengekommen, um zu nörgeln und zerfetzende Kritik zu üben, sondern um an der Festigung der Wehrkraft unseres Volkes positiv mitzuarbeiten; so klang es durch alle Reden hindurch. Wo die Sonde der Kritik angelegt wurde, geschah es nur, um bestehende Mängel und Schwächen aufzudecken und praktische Vorschläge zu ihrer Abstellung daranzufügen.

Einen allgemeinen öffentlichen Arbeiterkongress, so erklärte der Konferenzvorsitzende Hg. Wehrens in der Eröffnungsansprache, haben wir im Hinblick auf die allgemeine Situation nicht einberufen, es dürfte genügen, wenn wir im Rahmen der heutigen Konferenz die Ansichten und Wünsche der christlich-nationalen Arbeiterschaft durch nachfolgenden Beschluß in den schwebenden Fragen zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

„In dem uns aufgezwungenen Kampfe um die Würde und Erhaltung der deutschen Nation hat sich der große Stand der Arbeiterschaft als gleichwertigen Bestandteil, als treuen und festen Rückhalt unseres Volkes, seiner militärischen und wirtschaftlichen Kriegsführung erwiesen. Er hat gleich den übrigen Volksgenossen sich bereit gezeigt zu jedem Opfer, das die Durchführung eines siegreichen Krieges unvermeidbar verlangt. Die Opfer müßten sich gerade für diesen Stand besonders fühlbar machen, weil er der minderbemittelte ist und das Einkommen auf der bloßen Tagesarbeit seiner Angehörigen beruht.

Um so schwerer laien auf diesen Millionen von Volksgenossen die Mängel, die sich in der wirtschaftlichen Kriegsführung gezeigt haben und insbesondere in Form einer fastlich ganz unbegründeten Lebensmittelpreuerhöhung in die Erscheinung traten. Die unndige Belohnung weiser Kreise wäre zu vermeiden gewesen, wenn schon zu Friedenszeiten die Fragen der Lebensmittelbeschaffung nicht unter dem Gesichtspunkt von Interessentkämpfen, sondern als ein Problem der deutschen Volksernährung behandelt, wenn die volkswirtschaftliche Frage weit auch des Konsumisteninteresses gebührend inbetracht gezogen, und wenn gleich bei Kriegsausbruch die die Volksernährung regelnden Maßnahmen nach einem einheitlichen, die ganzen Verhältnisse in all ihren Zusammenhängen überschauenden Plan, durchgeführt worden wären.

Diese Interzessionen haben sich immer mehr zu einer gefährlichen Schwächung der Kauf- und Sparkraft großer Teile des Volkes ausgewachsen. Wir bedürfen aber ihrer unverminderten Erhaltung als Grundlage unserer inneren wirtschaftlichen und moralischen Kraft im zweiten Kriegsjahr

und für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes nach Kriegsende.

Auf das zweite Kriegsjahr erweist sich darum die sofortige Annahme eines umfassenden Planes für die Sicherung und Regelung unserer Lebensmittelversorgung als zwingende Notwendigkeit.

1. Da die Ernährung der deutschen Bevölkerung nunmehr in der Hauptsache auf den Ernteertrag der kommenden Ernte beruht, sind unverzüglich Maßnahmen zu treffen und der bürgerlichen Bevölkerung alle notwendigen Rationen vorzugeben, um eine rechtzeitige Einbringung der Ernte und deren frühzeitige Verwertung für die Lebensmittelversorgung zu gewährleisten.

2. Die Überführung der Ernte in den Konsum ist durch eine umfassende Verteilungsordnung zu regeln. Für die Getreide- und Futtererzeugung muß das Nationssystem von Reichs wegen auch weiterhin durchgeführt werden. Alle Getreidearten sind soweit als irgend möglich dem menschlichen Verbrauch vorzuziehen. Der Mangel an Hülsenfrüchten muß durch entsprechende Vorkehrungen für die Herstellung von Mischprodukten z. B. Bries, Graupen, Sojaerflossen, sowie durch Konzentration der zu erwartenden Ernte angegangen werden. Auch die Überführung des Kartoffelvorrats an die Verbraucher ist sofort nach der Ernte in Angriff zu nehmen.

3. Der Viehbestand muß auf die inländischen Futtermengen eingestellt werden und zwar auf diejenigen Futtermengen, die für die menschliche Ernährung nicht in Frage kommen. Bei Verteilung der Futtermittel ist in erster Linie auf die Erhaltung des Milchviehbestandes bedacht zu nehmen.

4. Da nunmehr die Verteilungsordnung alle Erntevorräte von vornherein erfassen kann, andererseits den breiten Massen Fleisch, Fett und Hülsenfrüchte nur in beschränktem Umfang erreichbar sein werden, wird man sich umhin können, die Preis- und Rationierung entsprechend zu erhöhen und nach Einkommensverhältnissen sowie Art der körperlichen Arbeit abzustufen.

5. Die Regelung der Preise hat bei den hauptsächlichsten Lebensmitteln nicht nur für Produzenten, sondern auch für Großhandel und Kleinverkauf zu erfolgen. Bei der Höhe der Preise kann der durch die bisherige Spekulation erreichte Stand in keiner Weise Grundlage für die neue Ernte sein, sondern muß dem normalen Stande wieder mehr angepaßt werden.

6. Die Kosten der behördlichen Rohstoffregelung sind als wirtschaftliche Kriegskosten zu betrachten und nicht auf die Warenpreise abzuwälzen.

7. Zur Durchführung der geordneten Lebensmittelversorgung ist ein Reichslebensmittellamt zu schaffen, dem ähnliche Einrichtungen in den Gemeinden zu unterstellen sind. In diesen Ämtern muß insbesondere den minderbemittelten Verbrauchern eine entsprechende Vertretung eingeräumt werden.

8. Verteilungsordnung und Preisregelung sind möglichst bald der Diskussion der beteiligten Kreise zugänglich zu machen und in der endgültigen Fassung nach vor Eintritt der neuen Ernte in Kraft zu setzen.

Die Leitungen der einberufenen Organisationen wurden von der Delegiertenversammlung beauftragt, die Verhandlungen in Protokollform der Öffentlichkeit zu unterbreiten und einen Auszug daraus als Denkschrift den zuständigen Behörden zu übermitteln. Die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen haben damit zum Problem der Volksernährung angesichts des zweiten Kriegsjahres Stellung genommen und dürfen im Interesse von Volk und Vaterland tüchtigste Verdienstleistungen ihrer — durchaus im Bereiche der Möglichkeit liegenden — Vorschläge erwarten.

Unser Verband im Jahre 1914.

Die ruhige Fortentwicklung, welche unser Verband in den letzten Jahren zu verzeichnen hatte, war mit Ausbruch des Krieges jääh unterbrochen und uns, wie auch allen anderen Verbänden, gleich weider Organisationsrichtung, eine der größten Belastungsproben, wie eine solche vordem noch nie zu bestehen war auferlegt. Die Mobilmachung rief

gleich in den ersten Tagen eine große Anzahl unserer Mitglieder zum Wehrdienst; darunter die treuesten Mitarbeiter. Verloren waren die Zahlstellen ihrer Zeitung beraubt, an Vertrauensleuten fehlte es überall, da viele, die nicht sofort einzurücken brauchten, abreisen. An einigen Orten blieb auch nicht ein einziges Mitglied am Platze, so daß eine Reihe von Zahlstellen vorübergehend gänzlich verwaist sind. Die mit der Mobilmachung verbundene Verkehrserschwerung brachte es dazu noch mit sich, daß zum Teil auf Wochen hinaus jeder persönliche und briefliche Verkehr zwischen Zentrals, Bezirksleitungen und Zahlstellen unterbrochen und somit eine gegenseitige Fühlungnahme ausgeschlossen war. Dazu kam die Unsicherheit des Wirtschaftslebens. Zur die in der Heimat Verbliebenen lag die bange Frage nahe, welche Existenzmöglichkeiten sich während des Krieges den Kollegen bieten werden. Daß das Zivilgeschäft vorerst wenig Arbeitsgelegenheit bieten würde, lag in der Natur der Sache und wie es mit dem Wehrauftrag befaßt sei, konnte im Vorhinein niemand beurteilen. Hinzu kam die plötzliche Verteuerung der Lebensmittel, die ebenfalls unangenehm auf das gewöhnliche Leben einwirkte.

Das ist in kurzen die Situation, wie sie zu Beginn des Krieges lag. Sie bot sicher zu optimistischen Auffassungen keinen Anlaß. Allmählich wich jedoch die Unsicherheit und machte einer zuverlässigeren Stimmung Platz, wozu in erster Linie das siegreiche Vordringen der deutschen Truppen in Feindesland und die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung beitrugen. Mit staunenswerter Schnelligkeit poßte Gewerbe und Industrie sich den neuen Verhältnissen an. Die großen Bedürfnisse der Wehrverwaltung brachten Arbeit und Verdienst; auch für unsere Kollegen, die sich, wenn auch zunächst etwas widerstrebend der ihnen ungewohnten Militärleistungserwartung in immer steigender Zahl anwendeten. Am Uniformgeschäft, welches naturgemäß einen sehr guten Geschäftsgang zu verzeichnen hatte, war die Nachfrage nach Arbeitsstätten eine sehr rege und so mancher Kollege wandte sich der Uniformbranche zu. Auch das Zivilgeschäft belebte sich einigermaßen, so daß einige Wochen nach Ausbruch des Krieges der Beschäftigungsgrad in unserem Berufe wieder als ein normaler bezeichnet werden konnte.

Damit befaßte sich bei den Mitgliedern auch wieder das Interesse an der Organisation. Wo der Krieg Lücken in die Ortsvereinigungen und Vertrauensmänner Kreise schaffte, suchte sie es sich aneignen, nach Möglichkeit Ersatz zu schaffen, so daß das Verbandsleben nach kurzer Zeit, soweit es unter den gegebenen Verhältnissen möglich war, wieder seinen getreten Gang gehen und die anfangs da und dort aufgelauchten pessimistischen Stimmungen überwinden werden konnten.

Die neuen Aufgaben.

vor welche uns der Krieg stellte, waren mancherorts Art. Neben den Maßnahmen, den Verband über die Zeit des Krieges hinaus lebensfähig zu erhalten, trat an den Vordergrund die Frage der Unterstützung der Arbeitslosen und der Zurückgebliebenen unserer zum Wehrdienst eingezogenen Mitglieder heran. Die diesbezüglichen Beschlüsse des Vorstandes sind in Nr. 16 u. f. der „Schneider-Zeitung“ 1914 abgedruckt, so daß es sich erübrigt, sie hier im einzelnen zu wiederholen, sie seien nur kurz erwähnt. Von den Unterstützungsanstalten des Verbandes wurden die Bestimmungen über die Krankenunterstützung bis auf weiteres aufgehoben, die Auszahlung der Krankenunterstützung von der Genehmigung des Zentralvorstandes im Einzelfall abhängig gemacht. Das Erscheinen der „Neue“ wurde für die Kriegsdauer eingestellt und der Umfang der „Schneider-Zeitung“ beschränkt. Die nicht eingezogenen Beamten verzichteten zunächst auf ein Drittel ihres Gehaltes zu Gunsten der Familien der eingezogenen Beamten und weiteren Unterstützungsbedürfnisse. Zur Unterstützung bedürftiger arbeitsloser Mitglieder und bedürftiger Familien eingezogener Mitglieder stellte der Vorstand einen Teil des Verbandsvermögens zur Verfügung.

„Den Bedürftigen die Hilfe zunächst“, das war der Grundgedanke, welcher den Zentralvorstand bei seiner Unterstützungsmaßnahme leitete. Vom 1. September ab wurden auf die Dauer von 10 Wochen Unterstützung gewährt und zwar in dierzehntägigen Perioden den bedürftigen Kriegertanten je 4 M und den bedürftigen Arbeitslosen je 6 M.

